

Artikel publiziert am: 29.10.10

Datum: 30.10.2010 - 17.58 Uhr

Quelle: <http://www.fehmarn24.de/nachrichten/fehmar/ausstieg-wird-immer-lauter-gefordert-983396.html>

**Statt Transitstrecke lieber Erhalt der Natur und Ruhe in den Tourismusorten:**

## "Ausstieg 22" wird immer lauter gefordert

**FEHMARN - Von Heiko Witt - Den Bürgerinitiativen und den Grünen liegen weiterhin der Schutz der Natur und die Ruhe in den Tourismusorten am Herzen. Da das für sie mit keiner Hinterlandtrasse einer Festen Fehmarnbeltquerung durch Ostholstein gewährleistet sei, sprechen sie sich in Pressemitteilungen immer vehementer für den Ausstieg nach Paragraf 22 des Staatsvertrages aus. Eine Einigung sei nicht möglich.**



© Fehmarn 24

So fordern die Bürgerinitiativen den "Ausstieg 22".

„Das Versagen der Politik auf allen Ebenen ist offensichtlich. Es kann aber nicht sein, dass die Folgen eines undurchdachten Staatsvertrages, eine erschreckende Unterfinanzierung des gesamten Projektes sowie der planerische Dilettantismus auf dem Rücken der Menschen in der Region Ostholstein ausgetragen werden dürfen“, so Malte Siegert, Sprecher der Allianz.

Würde, wie im Staatsvertrag festgeschrieben, die bestehende Bahntrasse ausgebaut, litten Tourismus und Lebensqualität. Realisierten Bund und Bahn eine wesentlich teurere „Trasse X“, schädige man Natur, Umwelt und Landwirtschaft, weiß die Landwirtin Frauke Redderberg. Die eigene Interessengemeinschaft im Zweifelsfall zu schützen, damit eine andere aber wiederum zu belasten, hält sie indes für falsch.

Auch aus diesem Grund setzt sich die Vorsitzende der Bürgerinitiative „Tourismusort statt Transitort“ aus Timmendorfer Strand in der Allianz dafür ein, dass Deutschland über den Paragrafen 22 des Staatsvertrages, die so genannte „Ausstiegsklausel“, das Projekt verlassen solle.

„Klar ist nur, dass das Vorhaben nirgends ohne erhebliche Schädigung umgesetzt werden kann. Es gibt keine sozialverträgliche Variante. Und deswegen werden sich die jeweils betroffenen Interessengruppen auch immer vehement wehren“, so die Landwirtin.

Dass viele Landwirte Ostholsteins kein weiteres Ackerland für Alternativtrassen zur Verfügung stellen wollen, darüber berichteten ausführlich die „Lübecker Nachrichten“, und es auf ein langwieriges Zwangsenteignungsverfahren ankommen lassen würden, wird von der Allianz aus mehreren Gründen nachvollzogen, ja offenbar sogar begrüßt.

Malte Siegert fordert im Namen der Allianz umgehend Gespräche mit Bundesverkehrsministerium und Deutscher Bahn. Diese müssten, ungeachtet eines Staatsvertrages mit Dänemark, ergebnisoffen geführt werden. Die Politik sei für den angerichteten Schaden verantwortlich und müsse sich jetzt aktiv und konstruktiv an Lösungen beteiligen.

„Eine Lösung ist der Ausstieg. Deswegen werden sich die Politiker also sehr wohl mit uns über das „Ob“ und nicht nur über das „Wie“ einer Festen Fehmarnbeltquerung unterhalten müssen“, so Siegert.

## Auch Kreis-Grüne wollen den Ausstieg

Den Grünen ist aufgefallen, dass sich der ehemalige dänische Minister Arne Melchior in dänischen Medien eindringlich gegen die feste Querung des Fehmarnbelts ausgesprochen habe. Das betont die Grünen-Vorsitzende Silke Mählenhoff.

Die Dänen müssten endlich zur Besinnung kommen, hat er tatsächlich gesagt. Wobei der 86-jährige Melchior bislang ein einsamer Rufer in Dänemark zu sein scheint.

Bundeskanzlerin Merkel habe in Lübeck bestenfalls ein lauwarmes Bekenntnis für das Projekt abgegeben, so wieder Silke Mählenhoff, doch überraschend eine Mediation vorgeschlagen. Letzteres sehen die Grünen positiv. Möglicherweise signalisiere Bundeskanzlerin Angela Merkel damit, aus Stuttgart 21 lernen zu wollen, was den „Ausstieg 22“ begünstigen könne.

Es zeichne sich nach Einschätzung der Grünen Ostholsteins eine Kostenexplosion ab, die auf dem Rücken der deutschen Steuerzahler ausgetragen werden solle. Inzwischen steht fest, dass die EU den Dänen 73,2 Millionen Euro Fördermittel aus dem Topf der Transeuropäischen Netze (TEN) streichen wird. Nicht zuletzt, weil sich das Großprojekt verzögert. Auch darauf weist Mählenhoff in ihrer Pressemitteilung hin.

Machen die Landwirte in Ostholstein mit ihren Protesten ernst, könnte das den Prozess noch einmal aufhalten.

Selbst Kreispräsident Wegener als einer der wichtigsten CDU-Funktionäre der Region warne vor einem drohenden Aufstand der Menschen in Ostholstein, wundert sich Mählenhoff fast ein bisschen. Sie sagt: „Im Herbst 2010 weht der geplanten Festen Fehmarnbeltquerung ein scharfer Wind entgegen; wackelt sie jetzt?“

Und dann hätten Silke Mählenhoff und Christiane Stodt-Kirchholtes nach eigener Einschätzung offenbar „sehr wunde Punkte der Planung getroffen“, indem sie den erwarteten projektimmanenten systematischen Chemikalieneintrag in den Fehmarnbelt und die ungeklärte Entsorgung des in Millionenkubikmeterdimension anfallenden Baggeraushubs kritisiert hätten. Wie anders sei das Dementi der Pressesprecherin der dänischen Planungsgesellschaft zu erklären, in dem sie jeglichen projektbedingten Chemikalieneintrag in das Meerwasser schlichtweg negiert habe.

„Allerdings steht Frau Karten damit in glattem Widerspruch zu dem von ihrer Firma im Juni 2010 erstellten UVP-Scoping-Papier; darin werden die Chemikalieneinleitungen auf Seite 84 beschrieben, das ablagerungspflichtige Baggergut mit 21,3 Millionen Kubikmeter für einen Absenktunnel, 3,5 Millionen Kubikmeter für eine Schrägseilbrücke auf den Seiten 13/14“, wundert sich Silke Mählenhoff auch hier.

„Tatsächlich gehören diese ungelösten Umweltprobleme zu den gravierendsten ökologischen Lasten des Projektes, für die in der laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung die Entsorgung nachgewiesen werden müsste.“

Mit Skepsis begegneten Ostholsteins Grüne der Zusage der Pressesprecherin der Realisierungsgesellschaft, die Bohrtunnelvariante jetzt in den Planungen mit zu untersuchen, stehe dieser doch die Aussage ihres Chefs, des Projektleiters Leo Larsen entgegen, der im September in der Gesprächsrunde mit Ministerpräsident Carstensen in Großenbrode ausdrücklich betont habe, dass nur noch Absenktunnel und Schrägseilbrücke untersucht würden.

„So flattert auch die Glaubwürdigkeit der Femern A/S im Herbstwind“, meint Silke Mählenhoff.